

Auf kommunaler Ebene Pulver verschossen

Weser-Kurier vom 02.12.2005

GANDERKESEE.

Die vor einer Woche im Münsterland gleich reihenweise unter der Last von Schnee, Eis und Sturm umgeknickten Hochspannungsmasten bietet den Gegnern der geplanten E.on-Freileitungstrasse von Ganderkesee nach St.-Hülfe neue Munition. Der Stromausfall im Münsterland bildete denn auch die Folie, vor der Hiltraud Lindemann den E.on-Plänen noch einmal eine eindrückliche Absage erteilte. Im Münsterland stand einigen Familien die sechste Nacht in Folge ohne Strom noch bevor, als die Bürgermeisterin von Colnrade am Mittwochabend im Rathausaal ihren klar strukturierten und detailreichen Vortrag hielt.

Die Wetterschäden im Münsterland belegten, dass nicht nur die unmittelbaren Nachbarn der geplanten 380-kV-Überlandleitung betroffen seien, sagte die Vertreterin der rund 3000 in der Interessengemeinschaft (IG) "Vorsicht Hochspannung" engagierten Gegner der Freileitung. "Ähnliche widrige Witterungsverhältnisse", fügte der Sprecher der IG, Frank Windhorst später warnend hinzu, "werden durch den bevorstehenden Klimawandel auch in unserem Raum weiter zunehmen."

An den übrigen negativen Auswirkungen der Überlandleitung wird sich nach Überzeugung der Gegner auch durch leichte Korrekturen am Trassenverlauf nichts ändern. Lindemann warnte, die "60 Meter hohen Masten alle 300 Meter" würden die Wildeshauser Geest in viel zu geringem Abstand zur Wohnbebauung durchschneiden, es drohten Gefahren durch elektromagnetische Strahlung, eine Wertminderung von Grundstücken und Häusern sowie Beeinträchtigungen für die Planungen der Kommunen.

Lindemann war auf Einladung der CDU-Fraktion nach Ganderkesee gekommen. Während sie sich in den meisten Punkten mit der Kritik des Vorsitzenden Hans-H. Hubmann einig war, gab es einen deutlichen Unterschied:

Hubmann machte zu Beginn die ehemalige rot-grüne Bundesregierung für das Problem mitverantwortlich, weil sie den Ausbau der Windenergie an der Küste gefördert hatte, ohne sich um die Ableitung des Stroms zu kümmern. Lindemann betonte dagegen, die Interessengemeinschaft wende sich ausschließlich gegen die E.on-Freileitungstrasse, nicht gegen die Windenergie. Es gehe darum, eine Alternative zur Freileitungstrasse durchzusetzen: "Umweltschonende Energie muss umweltschonend transportiert, neue Stromtrassen müssen unter die Erde verlegt werden."

Nicht zuletzt forderte Lindemann einen Nachweis, ob die neue Hochspannungstrasse überhaupt benötigt wird. Schließlich würde nicht nur die Windenergie ausgebaut, sondern auch die Atomkraftwerke nach und nach abgeschaltet.

Wenn schon eine neue Trasse, fordert die IG "Vorsicht Hochspannung", dann müsse eine Gasisolierten Erdleitung (GIL) verlegt werden. Die ist zwar 4,6 mal so teuer wie eine Freileitung, räumte Lindemann ein. Das könne der E.on, die zuletzt wieder Milliardengewinne ausgewiesen habe, durchaus zugemutet werden. Außerdem sei der Energieverlust während der Durchleitung durch GIL-Erdkabel um ein Drittel geringer als bei

Freileitungen, der Wartungsaufwand sei geringer, Sturmschäden könnten ausgeschlossen werden.

Um dies es Ziel zu erreichen fordert Lindemann eindringlich um mehr Unterstützung von der Politik in Land und Bund. "Auf kommunaler Ebene haben wir unser Pulver bald verschossen." Über den Trassenverlauf entscheide aber letztlich das Land, das dringend ein Gesamtkonzept für die Ableitung des Windstroms von der Küste erstellen müsse.

In der anschließenden Diskussion schlug einer der rund 50 Zuhörer vor, die Stromkonzerne für Schäden durch Stromausfall haftbar zu machen. Dann würde die E.on schnell ein Interesse an einer Erdverkabelung entwickeln. Ein anderer forderte, die Erdverkabelung gesetzlich vorzuschreiben. Auch einfache Bürger würden durch allerlei Vorschriften zu umweltbewusstem Verhalten gezwungen.

Hubmann sagte zu, sich in Briefen an den Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin gegen den Trassenneubau zu verwenden. Der Kampf der Trassengegner auf kommunaler Ebene ist allerdings noch nicht ganz vorbei.

Noch läuft die zweite Auslegung des Genehmigungsantrages zur nachgebesserten Trassenführung, und jeder Bürger kann dagegen Einwände erheben, erläuterte Ganderkesees Planungschef Peter Meyer. Und je mehr Bürger sich gegen das Vorhaben aussprechen, fügte Hubmann hinzu, desto mehr könne man bei den Verantwortlichen erreichen.